

Offener Brief
An den Bildungsminister des Landes Sachsen-Anhalt
Herrn Marco Tullner

Ministerium für Bildung
des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 32
39114 Magdeburg

Halle (Saale), den 28. August 2017

Betreff: Änderung der Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Laufbahnprüfung für ein Lehramt im Land Sachsen-Anhalt, Entgegnung und Umfrageergebnisse

Sehr geehrter Herr Minister,

am 21. August diesen Jahres wurde von unserer Landesgruppe ein Standpunkt zur oben genannten Änderung veröffentlicht und an Ihr Haus gesandt, verbunden mit der Bitte um Prüfung der Änderungen und Stellungnahme zu den von uns geäußerten Bedenken und Einwänden. Eine Rückmeldung dazu ist bislang nicht eingegangen, was an der Kürze der Zeit liegen mag und sicherlich noch in Arbeit ist. Wohl aber gab es aufgrund des medialen Interesses an dem Thema Stellungnahmen aus dem Bildungsministerium, die wir unbedingt zeitnah kommentieren möchten, da sie aus unserer Sicht irreführend sind und vom Gegenstand der Kritik ablenken bzw. diesen falsch darstellen.

In verschiedenen Pressebeiträgen werden Mitglieder Ihres Ministeriums zitiert, „die angehenden Lehrer seien an der Hochschule fünf Jahre lang ordentlich ausgebildet worden und hätten auch während des Studiums schon Praxiserfahrung gesammelt.“¹ Man könne erwarten, dass ReferendarInnen nach so langer Ausbildungszeit im Unterricht bestehen könnten. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass individuelle Lösungen immer möglich seien. Unsere Position hingegen wird mit Verwunderung hinsichtlich der Skepsis des Grundschulverbandes zur Kenntnis genommen und es wird darum gebeten, die Neuerungen doch erst einmal auszuprobieren, bevor sie kritisiert würden.

¹ Z.B. http://www.focus.de/regional/magdeburg/bildung-referendare-frueher-vor-klassen-kritik-von-verband_id_7498358.html (21.08.2017); http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/video-132172_zc-ca8ec3f4_zs-73445a6d.html (22.08.2017)

Dazu in aller Kürze einige Bemerkungen:

- a) Ein Lehramtsstudium in Sachsen-Anhalt dauert nicht 5, sondern zwischen 3,5 (Lehramt an Grundschulen) und 4,5 Jahren (Lehramt an Gymnasien und Lehramt an Förderschulen). Wir sind der Auffassung, dass das eine signifikante Abweichung von den aus Ihrem Haus geäußerten Angaben ist, auf die hinzuweisen wir uns verpflichtet fühlen. Wir bemühen uns um korrekte Angaben und erbitten eine ebensolche Strategie vom MB; insbesondere, wenn es um die Information der BürgerInnen geht.
- b) Der Gegenstand des Lehramtsstudiums ist nicht die konkrete Vorbereitung auf das Handlungsfeld von LehrerInnen. Das Studium legt theoretische Grundlagen, die im Vorbereitungsdienst unter Anleitung erfahrener MentorInnen und SeminarleiterInnen zu Handlungskompetenzen weiterentwickelt werden müssen. Beide Phasen der Lehrerbildung sind unerlässlich und funktionieren nur in Abstimmung aufeinander. Die weitgehende Abschaffung der Betreuungsstruktur im Vorbereitungsdienst kann mit den im Studium in geringem Umfang und eher handlungsentlastet-reflexiv gestalteten Praxisfelderfahrungen (2 Schulpraktika und schulpraktische Übungen) nicht seriös begründet werden.
- c) Zudem ist der Hinweis schlichtweg falsch, es handle sich bei den aktuellen Maßnahmen um eine leichte Anhebung des Ausmaßes eigenverantwortlichen Unterrichts. Von einer Betreuung der LiV kann nicht mehr gesprochen werden, wenn 10 von 12 zu haltenden Wochenstunden eigenverantwortlich, also ohne Mentorenbegleitung und Hospitation, bestritten werden.
- d) Individuelle Lösungen, also ein Aussetzen oder eine Reduktion des eigenverantwortlichen Unterrichts aufgrund mangelnder Eignung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, ist in der Verordnung nur im Notfall und unter Einsatz aufwändiger bürokratischer Maßnahmen vorgesehen. Das kann also lediglich der absolute Ausnahmefall sein; keinesfalls das in Aussicht gestellte individualisierte Vorgehen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die Identifikation von problematischen Entwicklungen der LiV ausgesprochen schwierig werden dürfte, wenn diese im Unterricht kaum noch von einer MentorIn begleitet werden. Diese Entwicklung ist unverantwortlich gegenüber SchülerInnen und LiV.
- e) Sorge bereitet uns das in der aktuellen Bildungsdiskussion im Land weitgehende Verschwinden eines qualitativen Anspruchs an Unterricht und Schulbildung. Wenn man meint, LiV sollten im Unterricht bestehen können, möchten wir entgegenen, dass es darum nicht gehen kann. Kinder in Sachsen-Anhalt sollten nicht nur eine Lehrkraft vor der Klasse haben,² sie sollten guten Unterricht von dafür ausgebildeten und geeigneten Lehrkräften erhalten. Diese Eignung stellt die 2. Staatsprüfung fest, die am Ende des Vorbereitungsdienstes stattfindet und über die LiV folglich nicht verfügen (können).

² <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/neues-schuljahr-beginnt-100.html> (09.08.2017)

f) Der Hinweis, man möge eine Verordnungsänderung zuerst einmal ausprobieren, bevor sie zu beurteilen sei, ist eine zugegebenermaßen surreale Äußerung und dem Vorgehen eines verantwortlichen Bildungsministeriums nicht würdig. Gerade eine derart bedeutsame administrative Maßnahme muss begründet und fundiert vorgenommen werden, zumal eine Verordnung in der Regel nicht im Jahrestakt geändert wird.

g) Schließlich verweist man auf unsere Kritik als Skepsis eines Verbandes. In einer schnellen, nicht repräsentativen, aber ausgesprochen rege wahrgenommenen Blitzumfrage³ haben wir BürgerInnen unseres Landes um ihre Meinung gebeten. Reagiert haben 99 SchulleiterInnen, 617 LehrerInnen, 42 DozentInnen der ersten und zweiten Ausbildungsphase der Lehrerbildung, 123 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, 269 Lehramtsstudierende und anderweitig mit Bildung befasste und interessierte BürgerInnen, insgesamt 1639 Personen. Das Stimmungsbild ist klar.

- Nur 3,4 Prozent der Befragten sehen in den aktuellen Maßnahmen des MB eine logische und nachvollziehbare Reaktion auf den aktuellen Lehrermangel.
- Nur 8,8 % der Befragten glauben, dass die in der neuen Verordnung von den LiV geforderten Kapazitäten im eigenverantwortlichen Unterricht tatsächlich zu bewältigen sind.
- Nur 6,3 % der Befragten sind der Meinung, dass die LiV bereits am Anfang des Vorbereitungsdienstes alle Aufgaben von LehrerInnen übernehmen und selbst verantworten können.
- Nur 10,4 % der Befragten teilen die Auffassung, die Arbeitskraft der LiV sollte zur Kompensation des Lehrermangels genutzt werden.
- Nur 9,1 % der Befragten sind der Meinung, dass die aktuellen Änderungen keine negativen Konsequenzen für die Unterrichtsqualität und damit auch für die Zukunft unseres Landes und seiner BürgerInnen haben werden.

Angesichts einer so breiten und überwältigenden Zustimmung zu unserer Position, die von professionellen PädagogInnen wie auch von angehenden LehrerInnen und anderweitig an Bildungsentwicklungen Interessierten (Eltern, etc.) geäußert wird, ist wohl kaum dem Grundschulverband eine übertriebene Skepsis vorzuwerfen. Viel mehr ist daran zu erinnern, dass Ihre Arbeit demokratisch legitimiert den Willen des Volkes zu berücksichtigen hat und wenn schon nicht bei jeder Entscheidung der Bevölkerung, so doch wenigstens dem professionellen Urteil der Akteure von Schule Gehör schenken sollte. Uns erklärt sich keinesfalls, warum diese Positionen aktuell so wenig Berücksichtigung finden und in der Regel vorschnell „abgewimmelt“ werden, anstatt gemeinsam nach Wegen aus der Krise zu suchen.

Schließlich stellt sich die Frage, wie die niedrigere Bezahlung der LiV im Vergleich zu ausgebildeten LehrerInnen zu begründen ist, wenn LiV die gleichen Aufgaben und Arbeiten zu erledigen haben wie besagte ausgebildete Lehrkräfte.

³ Informationen zur Umfrage und detaillierte Ergebnisse können gern bei den AutorInnen dieses Schreibens angefordert werden. Eine Übersicht der Ergebnisse findet sich unter www.gsv-lsa.de.

Statt immer neuer Sparmaßnahmen in einem System, das bereits jetzt deutlich über seine Belastungsgrenze hinaus gefordert ist, würden wir uns über die Einlösung des mehrmals von Ihnen und MitarbeiterInnen Ihres Hauses geäußerten Versprechens freuen, dass neben den aktuellen Sparmaßnahmen auch Entlastungen der LehrerInnen vorbereitet würden. Leider wartet die sogenannte Praxis darauf bislang vergebens! Die vielen Zuschriften, die wir derzeit erhalten, zeichnen ein anschauliches Bild von der Dringlichkeit solcher Maßnahmen.

Ihre Antwort und ggf. eine Einladung zur Diskussion konstruktiver Lösungsvorschläge erwarten wir gespannt.

Mit freundlichen Grüßen
Grundschulverband – Landesgruppe Sachsen-Anhalt
Der Vorstand

Kontakt: Thekla Mayerhofer
Mail: May_The@web.de